

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Zuhörer,

dies ist heute keine Haushaltssitzung wie jede andere!

Wir beraten heute einen Haushalt, der so intensiver Vorbereitungen bedurfte, wie wir sie bisher – wenigstens in den letzten rund 20 Jahren - nicht gekannt haben.

Doch auch die Voraussetzungen für die Planung dieses Haushalts waren anders – viel anders, und vor allem viel schwieriger.

Es mag sein, dass wir in unserer kurzlebigen Zeit schon vergessen haben, dass der 24. Februar 2022 die Welt verändert hat.

Unser Bundeskanzler hat im Anschluss an den russischen Angriff auf die Ukraine von einer Zeitenwende gesprochen.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für uns hat damit eine Zeitenwende begonnen. Gottseidank nicht für uns in dem Maße, wie sie die Menschen in der Ukraine erleben müssen.

Aber Putins Krieg hat für uns alle persönliche Veränderungen gebracht. Ich erinnere nur an die Energieknappheit, an die rasant gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten.

Die Rohstoff- und Baukosten sind in die Höhe geschneilt. Und dann noch die Kreditzinsen, die auf Jahre hinaus eigentlich niedrig prognostiziert waren.

Wer konnte und kann sich bei dieser Gemengenlage noch wirklich auf etwas verlassen?

-----

Wir als Markt Schierling sind nur ein kleines Lichtlein, und trotzdem beträgt unser Haushaltsvolumen in diesem Jahr im

- Verwaltungshaushalt 20.586.505 Euro und im
- Vermögenshaushalt 6.237.300 Euro.

Wir sind nur ein kleines Licht, und trotzdem haben wir insbesondere die durch den Krieg entstandenen Turbulenzen und der vorhergehenden bzw. gleichzeitigen Pandemie voll mitbekommen.

Die Welt ist anders als noch vor zwei Jahren. Das wissen wir, und doch benötigen wir oft Zahlen zum Beweis. Zahlen, deren Höhe wir oft gar nicht beeinflussen können.

Ich nenne Beispiele:

Ausgaben für Grundstücke und bauliche Anlagen des Marktes Schierling

- 2021: 1.301.506 Euro
- 2023: (veranschlagt) 1.703.250 Euro

Ausgaben für Personal des Marktes Schierling

- 2021: 4.592.000 Euro
- 2023: (veranschlagt) 5.819.000 Euro  
- wovon allein gut **41 Prozent auf die Kinderbetreuung** entfallen

Schon für die beiden Ausgabeposten müssen wir also gut 1,6 Millionen Euro mehr berappen als vor zwei Jahren.

Wohlgedenkt: Nur bei den laufenden Ausgaben.

Was uns aber in den letzten Monaten besonders beschäftigt, bewegt und sogar fast durcheinandergebracht hat, das sind die Baukosten.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten – und wir haben – sehr viel vor.

Im Mittelpunkt stehen

- der Neubau des Rathauses,
- der Neubau einer Kindertagesstätte und
- die Umgestaltung unserer Schule für die Ganztagsbetreuung der Grundschüler,
- die Dorfgemeinschaftshäuser in Allersdorf und Buchhausen.

Das sind die Themen, die über diesen Haushalt hinausreichen, und die bei der Beurteilung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit für die Zukunft vor allem entscheidend sind.

Weil wir da sicher sein müssen, haben wir uns bereits im Vorfeld von der Rechts-aufsichtsbehörde am Landratsamt Regensburg beraten lassen und abgestimmt.

Das Ergebnis heißt zusammengefasst: **Was wir ihnen heute nach intensiver Vorberatung im Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und in den Fraktionen vorlegen, das sieht die Rechtsaufsicht positiv.**

Das hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass wir

- ⇒ im Haushaltsjahr 2022 der allgemeinen Rücklage etwa 805.000 Euro zuführen konnten.
- ⇒ Der **Stand der allgemeinen Rücklage** zu Beginn dieses Haushaltsjahres hat sich damit auf rund **2,252 Mio.** Euro erhöht.

Diese Höhe beinhaltet die zweckgebundene Straßenausbaubeitragspauschale in Höhe von rund 299.000 Euro und die Mindestrücklage in Höhe von rund 172.000 Euro.

In diesem Jahr ist eine Zuführung an die allgemeine Rücklage in Höhe der Straßenausbaubeitragspauschale vorgesehen. Das werden voraussichtlich 100.000 Euro werden.

⇒ **Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ist nicht vorgesehen.**

**Die geplante Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt beträgt 2.208.700 Euro und liegt damit sehr deutlich über der erforderlichen Mindestzuführung in Höhe von 808.000 Euro.**

In diesem Haushaltsjahr ist zur Finanzierung der anstehenden Investitionen eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.525.000 Euro geplant.

Diese geplante Kreditaufnahme teilt sich wie folgt auf:

- ⇒ 675.000 Euro für Investitionen im Bereich der Abwasserbeseitigung,
- ⇒ 800.000 Euro für die Planungskosten „Anbau Schule OGTS“
- ⇒ 50.000 Euro für die allgemeine Deckung des Haushaltes.

Entwickelt sich der Verwaltungshaushalt positiver als geplant und kann die Zuführung zum Vermögenshaushalt erhöht werden, wird diese Kreditaufnahme zur allgemeinen Deckung nicht notwendig werden.

Im vergangenen Jahr war für den Bau des SKU I für die Abwasserbeseitigung eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,36 Mio. Euro vorgesehen. Da dieser Kredit erst in diesem Jahr abgerufen wird, kommt er dieses Jahr in der Schuldenstatistik zum Tragen.

Der Schuldenstand wird am Ende des Haushaltsjahres 2023 voraussichtlich 7,9 Millionen Euro betragen. Dabei ist zu bedenken, dass

davon allein für den SV Eggmühl 1,3 Mio. Euro aufgenommen sind. Diese Mittel dienen dem Verein als Förderung für eine große Investition, die der Verein in den nächsten Monaten tätigen wird.

Und ein beachtlicher Teil davon gehört für die Abwasserbeseitigung, die sich über die Gebühren aber wieder refinanziert.

-----

Wir konnten also gegenüber der Rechtsaufsicht plausibel nachweisen, dass wir auch in den nächsten Jahren leistungsfähig sind – wie wir das in den Jahrzehnten zuvor auch gewesen sind.

Doch so einfach geht das natürlich nicht!

Um allen Herausforderungen gerecht zu werden, wird es im Wesentlichen um 4 Punkte gehen, die ich so benennen möchte:

1. *Wir müssen weiterhin sparsam sein.*
2. *Wir müssen alles dafür tun, dass die Investitionskosten bei allen Maßnahmen in einem vernünftigen Rahmen bleiben.*
3. *Wir müssen dem Auftrag aus Artikel 62 der Gemeindeordnung gerecht werden, und unsere Einnahmen steigern.*
4. *Wir müssen darauf drängen, dass der Bund und der Freistaat Bayern gerade bei Investitionen noch (viel) mehr Unterstützung leistet.*

Dazu im Einzelnen:

### **Zu 1. Sparsam sein**

Da und dort werden in Zukunft Komfortzonen nicht mehr so bedient werden können, wie wir das gewohnt sind. Das gilt für alle Bereiche, auch bei den freiwilligen Leistungen.

Ich halte es für besonders wichtig, dass wir den Weg des sparsamen Umgangs mit der Energie konsequent fortsetzen, den wir spätestens mit Franz Hien als Klimaschutzmanager eingeleitet haben. Jede gesparte Kilowattstunde Energie z.B. bei Beleuchtung und Heizung entlastet das Gemeindegeld und es entlastet die Umwelt. Genauso verhält es sich mit jeder Umstellung auf erneuerbare Energien. Den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern, das halte ich für die wichtigste aller Sparmöglichkeiten.

## **Zu 2. Investitionskosten**

Die prognostizierten Investitionskosten für das neue Rathaus haben uns alle überrascht. Dass eine solche Steigerung in der Maßnahme kommen könnte, das hat niemand von uns gedacht und erwartet. Auch deshalb nicht, weil wir bisher so etwas nicht gekannt haben.

Gerade dieses Thema hatte in den letzten Wochen und Monaten Sprengstoff in sich. Plötzlich haben wir gemerkt, dass alles im Fluss ist, und nichts mehr so ist, wie es einmal war. Dass wir das in unseren Köpfen verarbeiten mussten - und müssen - ist die eine Sache. Und dass wir für die Finanzierung das nötige Geld dafür haben müssen, ist die andere. Beides in Einklang zu bringen, ist die größte Schwierigkeit vor der wir heute und vielleicht auch in den nächsten Jahren stehen werden.

Das gilt in erster Linie auch für das Rathaus.

10,4 Millionen Euro stehen immer noch im Raum. Auch deshalb, weil wir die Planung gestoppt und damit keine weitere Detailuntersuchung der Kosten in Auftrag gegeben haben. Ich bin froh und dankbar, dass das heute noch auf der Tagesordnung steht und ich bitte Sie – auch auf unseren letzten Workshop verweisend – der Beauftragung der Leistungsphase 3 für die Planer zuzustimmen.

Wir erhoffen mit dieser weiteren Beauftragung, dass aufgrund der in die Detail-Tiefe reichenden Planung die Baukosten exakt ermittelt werden können, und wir hoffen und wünschen, dass die Entwicklung der Baupreise tatsächlich nach unten geht. Erste Anzeichen dafür gibt es jedenfalls schon.

Wir werden und müssen Details auf den Prüfstand stellen. Planungs- und Ausführungsdetails gleichermaßen.

Nur um eines bitte ich euch schon heute: Trotz aller Zwänge müssen wir ein besonderes Augenmerk auf den Klimaschutz und das Energiesparen legen.

Wer heute die öffentliche Diskussion bei diesem Thema verfolgt, der hört nur noch Geld, Geld und Geld. Es werden wieder neue Öl- und Gasheizungen gebaut, weil man hofft, damit Geld zu sparen. Ich halte das für eine Milchmädchenrechnung, die nicht aufgehen wird. Denn die Preise für die fossilen Energien werden weiter steigen – enorm steigen.

Was aber viel wichtiger ist: Das würde ein Vergehen an der Zukunft unserer jungen Generation darstellen, wenn wir gerade beim Klimaschutz sparen und damit für die nächsten Jahre, ja Jahrzehnte, hohe Energiekosten akzeptieren würden. Und akzeptieren würden, dass auch wir als öffentliche Akteure die Erderwärmung weiter fördern würden – mit bereits heute erkennbaren schlimmen Folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das neue Rathaus ist *wichtig* und *richtig*. Wir benötigen es als Dienstleistungszentrum für unsere Bürgerschaft und wir benötigen es für unser Personal. Dieser zweite Punkt ist nicht zu vernachlässigen, denn das hat sich in der Arbeitswelt durchgesetzt, dass insbesondere dort Höchstleistungen erzielt werden, wo die äußeren Voraussetzungen – das gestalterische Umfeld, die Führung und der Kreis der Kolleginnen und Kollegen stimmen.

-----

An Investitionskosten zu sparen, das ist auch eine der Herausforderungen für die neue Kindertagesstätte.

Bei der Auswahl der Architekten dafür müssen wir die Frage klären, inwieweit diese bereit und in der Lage sind, auch alternative Lösungen – wie etwa eine Modulbauweise – auf die Beine zu stellen. Dabei werden wir nicht an der Qualität sparen, uns aber doch möglicherweise die Planung und den Bau eines „Gebäudes von der Stange“ zunutze machen. Es gibt Beispiele dafür und wir werden uns solche ansehen. Dazu lade ich euch alle schon jetzt sehr herzlich ein.

-----

Schließlich haben wir Maßnahmen bei der Schule in der Pipeline, um die Tagesbetreuung – die „offene Ganztagschule“ – auf hohem Komfort gewährleisten zu können.

Lassen sie mich dazu bitte eindeutig feststellen: Wir erfüllen bereits jetzt die Standards, die der Gesetzgeber für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bei den Grundschulern formuliert hat. Bei allem, was wir weiter diskutieren, müssen wir dies im Sinn haben.

Trotzdem bleibt natürlich die Aufgabe, an diesem Thema dran zu bleiben, die Standards zu erhöhen und damit für mehr Komfort zu sorgen.

Allerdings bedarf es dazu einer besseren Unterstützung des Bundes, worauf ich noch zurückkommen werde.

-----

Bitte lasst mich zu diesem Themenbereich folgendes zusammenfassen:

Alle diese investiven Maßnahmen sind gleichermaßen wichtig.

In diesem Bewusstsein bitte ich sie alle, dass niemand den Versuch startet, diese wichtigen Maßnahmen gegeneinander auszuspielen. Das wäre

weder sachgerecht noch redlich. Das würde ein wenig nach Populismus riechen, denn: Nichts ist aufgehoben, allenfalls aufgeschoben.

Das war auch ein Thema bei den Beratungen mit dem Landratsamt. Nachdem die rechtlichen Vorgaben für die Ganztagsbetreuung derzeit erfüllt sind, kann diese Maßnahme erst einmal verschoben werden. Die Planung werden wir selbstverständlich so gestalten, dass wir – wann auch immer – sofort in eine Umsetzung einsteigen können.

### **Zu 3. Einnahmen steigern**

Art. 62 Abs. 2 der bayerischen Gemeindeordnung gibt uns eine klare Vorgabe für die Einnahmebeschaffung.

- ⇒ An erster Stelle stehen „besondere Entgelte“ für die von der Gemeinde erbrachten Leistungen, also alles das, was unter „Gebühren“ firmiert.
- ⇒ An zweiter Stelle stehen die Steuern, also in erster Linie die Grund- und Gewerbesteuer.
- ⇒ Und an dritter Stelle – wenn die ersten beiden Punkte ausgereizt sind – steht die Kreditaufnahme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wurden in den letzten Jahren - und fast schon Jahrzehnten - immer wieder darauf hingewiesen, dass wir insbesondere mit unseren Steuerhebesätzen sehr – zu – niedrig sind. Aufgrund unserer aktuellen Situation müssen wir jetzt die Steuern erhöhen.

Das trifft sehr viele Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch die Unternehmen. Wir waren in den letzten Jahrzehnten bei den Steuerhebesätzen tatsächlich immer unter dem Landesdurchschnitt. Wir hatten immer Luft nach oben, doch diese Luft nie ausgeschöpft - und wir tun es auch heute nicht, auch wenn wir doch eine beachtliche Steigerung

von 40 Prozentpunkten bei allen drei Hebesätzen – der Grundsteuer A und B, sowie der Gewerbesteuer – vorschlagen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit einem solchen Beschluss noch Niemanden überfordern. Wir gehen nicht über das hinaus, was erträglich ist. Wir verlassen auch hier nur die Komfortzone, in der wir uns seit Jahrzehnten befunden haben.

Wir verlassen diese Komfortzone nicht, weil wir das Geld für irgendetwas ausgeben, sondern weil wir Geld ausgeben für Investitionen, und zwar für solche Investition, die in die Zukunft gerichtet sind, die unseren Kindern und Kindeskindern noch zugutekommen werden.

Deshalb ist es auch sachgerecht, dass wir wenigstens Teile dieser Lasten auf Kinder und Kindeskindern noch verteilen. Ich benutze bewusst nicht den Begriff „abwälzen“, weil wir damit nicht eine Last in die Zukunft verschieben, sondern teilweise dorthin transferieren, wo sie tatsächlich auch hingehört.

----

Liebe Kolleginnen und Kollegen bitte lassen sie mir es ganz deutlich sagen: Ich habe mir so eine Situation nicht gewünscht und ich gestehe es offen, sie macht auch keinen besonderen Spaß.

Aber es ist unsere - auch meine - Verantwortung, dass wir aus den gesamten Umständen, die sich aufgrund der aktuellen Lage ergeben, für unsere Gemeinde das Beste machen. Das ist unsere Aufgabe und dafür sind wir gewählt.

Ja, wir haben schwierige Zeiten zu bewältigen, doch wir stehen beileibe nicht am Abgrund.

Wir können nach wie vor alle unsere Aufgaben erfüllen – ausnahmslos.

Und wir dürfen die Hoffnung haben, dass sich insbesondere die Einnahmeseite auch in Zukunft verbessern wird.

Diese Hoffnung gibt uns z.B. die Tatsache, dass wir aktuell in den Betrieben in unserer Gemeinde gut 3.200 Arbeitsplätze haben. Da werden qualitativ hochwertige Produkte hergestellt und da werden Gewinne erwirtschaftet, von denen auch wir wieder - und vielleicht noch mehr - profitieren.

Es hat in der aktuellen Situation keinen Sinn, nach irgendwelchen Schuldigen zu suchen, und es hat keinen Sinn, immer nur rückwärts zu schauen, obwohl wir uns der Leistungen und Investitionen der letzten Jahrzehnte durchaus bewusst sein dürfen.

Wir haben ein nagelneues Feuerwehrzentrum in Schierling für 4,4 Millionen, eines in Eggmühl und das Dorfgemeinschaftshaus Pinkofen mit Feuerwehrhaus errichtet. Wir haben für unsere Feuerwehren immer alles getan, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Wir haben die Kindertagesstätte „Bunte Au“ für 3.386.000 Euro gebaut (Zuschuss 1.556.000 Euro), den Kindergarten St. Wolfgang für 1.390.000 Euro erweitert (Zuschuss 633.000 Euro), den Platz vor dem Senioren- und Pflegeheim für 462.000 Euro neugestaltet, und ihm eine hohe Aufenthaltsqualität verliehen. Die ständige Modernisierung der Abwasserbeseitigung hat Millionen Euro gekostet. Die Liste lässt sich noch verlängern.

Leider besteht die Gefahr, dass das alles sehr schnell aus dem Sinn verschwindet und nur übrigbleibt, was an Krediten aufgenommen worden ist.

Das ist nämlich eine der Schwachstellen der „Kameralistik“, also der Buchführung der Gemeinde, dass quasi jede Investition mit ihrem Abschluss aus dem Blickfeld der Zahlen verschwindet.

Ganz anders beim Kommunalunternehmen, wo beim Anlagevermögen über Jahre und Jahrzehnte hinweg nachverfolgt werden kann, wie sich der Wert – und auch die Finanzierung – einer Investition entwickelt haben. Und eben auch, dass jede Investition für die Zukunft einen Wert darstellt!

-----

### **Und jetzt noch zu den Gebühren.**

Die Gebühren für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden ständig überprüft und sind auf dem aktuellen Stand.

Die Friedhofgebühren werden jährlich angepasst.

Blieben noch die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung.

Wir als Markt Schierling waren in den letzten Jahren – ja, Jahrzehnten – die Gemeinde mit den absolut niedrigsten Elternbeiträgen bei der Kinderbetreuung. Wir werden maßvoll anheben, und immer noch so darauf achten, dass es sich die Eltern leisten können.

Unser Grundsatz, dass wir besonders familienfreundlich sind, wird dadurch keineswegs wegfallen. Denn nach wie vor werden unsere Elternbeiträge jeden Vergleich mit anderen Gemeinden standhalten können.

### **Zu Punkt 4:**

***Wir müssen darauf drängen, dass der Bund und der Freistaat Bayern gerade bei Investitionen noch (viel) mehr Unterstützung leistet.***

Kaum jemals zuvor war ein Kämmerer oder eine Kämmerin des Marktes Schierling so gefordert wie in den letzten Monaten.

Irene Berger hat diese Herausforderungen angenommen und mit großem Engagement nach Lösungen gesucht.

Aber alles stößt an Grenzen: Nicht nur an persönliche, sondern auch an fachliche.

--

Auch eine noch so gute Kämmerin kann nicht Mittel herbeizaubern, wenn für eine neue Kindertagesstätte 7 Millionen veranschlagt sind und dafür nur 2 Millionen vom Staat in Aussicht stehen. Da sind 5 Millionen zu finanzieren, ob über den Markt selbst oder über das Kommunalunternehmen.

Mindestens so krass ist das Verhältnis beim Ausbau der Ganztagsbetreuung für die Grundschüler. Auch da ist die Förderung durch den Bund noch lange nicht auf einer Höhe, die für die Gemeinden erträglich sind.

Der bayerische Gemeindetag hat erst jüngst eine Verdoppelung der derzeit gültigen Pauschale gefordert. Und damit komme ich zurück auf das Thema, zu welchem Zeitpunkt welche Investition getätigt werden soll.

Ich bin guter Hoffnung, dass wir es erwarten können, dass der Bund mehr Geld herausrückt für die Ganztagsbetreuung der Grundschüler.

Wir müssen immer noch mehr darauf drängen, dass das „Konnexitätsprinzip“ Geltung bekommt. Es handelt sich dabei um einen Grundsatz im Staatsrecht, der besagt, dass Aufgaben- und Finanzverantwortung jeweils zusammengehören.

In unserer Sprache heißt das: „Wer anschafft, der bezahlt“.

Es geht nicht an, dass die Regierung und das Parlament etwas beschließen und wir – ganz herunteren – müssen es bezahlen.

-----

## **Gemeindeentwicklung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Entwicklung unserer Gemeinde bleibt nicht stehen.

Lassen sie mich vergegenwärtigen, dass wir als Gemeinderat erst bei der letzten Sitzung für den Bebauungsplan „Am Regensburger Weg 2“ die entscheidenden Weichen gestellt haben.

Wir schaffen neues Bauland und beachten dabei sehr wohl die Grundsätze eines schonenden Umgangs mit dem Boden, sowie Aspekte, die für ein Gebiet sprechen, in dem sich die künftigen Bewohner wohlfühlen können.

Lassen sie mich vergegenwärtigen, dass wir mit unserem Konzept der zentralen Wärmeversorgung – und gleichzeitigem Verbot von fossilem Öl und Gas für die Beheizung der Gebäude – einen Weg beschreiten, der „modern“ im wahrsten Sinne des Wortes ist. Nämlich fortschrittlich, den neuesten Erkenntnissen folgend, und damit auch nachhaltig!

## **Zum Schluss**

Noch einen Aspekt möchte ich gerne anfügen.

Mir ist wichtig, dass wir uns trotz des Stresses über die letzten Monate hinweg weiterhin gut verstehen und dass wir weiterhin gewillt sind, nach Konsens zu suchen wo immer das möglich ist. Deshalb wird es im November 2023 auch eine Klausurtagung zum Haushalt 2024 geben.

Niemanden von uns hilft es, darauf beharren zu wollen, was einmal gesagt oder geschrieben worden ist. Schon auch deshalb nicht, weil der 24. Februar 2022 – und daran möchte ich noch einmal erinnern – alles - wirklich alles verändert hat.

Wir alle haben die Aufgabe, alles dafür zu tun, dass wir die Zukunft im Blick haben und alle unsere Aufgaben sauber erledigen können.

Dass dies gewährleistet ist, dafür sind der Finanzplan sowie das Investitionsprogramm für die nächsten Jahre die Grundlage und der

Beweis gleichermaßen. Und diesen Plänen liegt eine Gesamtschau zugrunde, die wir insbesondere beim letzten Workshop diskutiert haben.

## **Zusammenfassung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf berücksichtigt die vier von mir ausgeführten Anforderungen, nämlich

1. weiterhin sparsam wirtschaften,
2. Baukosten senken, ohne den Klimaschutz außen vor zu lassen,
3. eigene Einnahmen erhöhen und
4. höhere Zuschüsse von Bund und Land anstreben.

Ich bitte alle um Zustimmung zu diesem Haushalt 2023, sowie dem Finanzplan und Investitionsprogramm.